

Kongressbericht

Für ein anderes Europa – Alternativen zum neoliberalen europäischen Projekt in München vom 13.-15. November 2015, EineWeltHaus

Die Ereignisse um die jüngste Eurokrise, das Troika-Diktat gegenüber Griechenland aber auch das Auseinanderfallen einer vorgeblichen europäischen Wertegemeinschaft in der aktuellen Flüchtlingskrise zeigen: Dies ist nicht unser Europa. Aus der Perspektive demokratischer, solidarischer und ökologischer Zielsetzungen ist ein grundlegender Umbau erforderlich. Das „Gesetz des Wettbewerbs“ (*law of competition*) als europäische Gründungsformel bedarf heute einer grundsätzlichen Revision. Zum fehlgeschlagenen Konzept der wirtschaftlichen und sozialen Integration über eine supranationale Währung sind Alternativen dringend erforderlich. Das Versagen vor ökologischen Fragen und die Blockade alternativer Entwicklungswege setzen neue politische Konzepte jenseits eines lange unhinterfragten europäischen Konsens auf die Tagesordnung.

Im Kongress „Für ein anderes Europa“ haben kritische Wissenschaftler, Aktivisten und interessierte Bürgerinnen und Bürger über die derzeitige Lage und künftige Gestaltungsmöglichkeiten eines anderen Europa gesprochen. Dabei ging es nicht um Patentrezepte, sondern um einen lebendigen Dialog, um die gemeinsame Suche nach neuen Lösungen.

Europa-Experten wie Prof. Christian Kreiß, Alexis Passadakis, Paul Steinhardt, Manuela Banoza, Kris Kunst und Peter Wahl brachten fachlich hochkompetente und politisch höchst aktuelle Beiträge in die Debatte, die aus unterschiedlichen Positionen heraus neue Perspektiven in der Diskussion hin zu einem solidarischen europäischen Projekt skizzierten.

Spannend war der Kongressverlauf auch deshalb, weil sich am dritten Kongress- tag, am Sonntag Vormittag, eine Stoßrichtung für ein gemeinsames Vorgehen herauschälte und in Gestalt einer Vision Formen einer Kampagnen-Idee einnahm.

Im Zentrum der Idee stand die Frage, wie wir in Europa mit dem zur Verfügung stehenden Geld alle weniger arbeiten können, die Finanz- und die Flüchtlingskrise in den Griff bekommen und Europa insgesamt solidarischer machen können. Die Formel dafür und Kampagnenanstätze dazu könnten, frei nach Jeremy Corbin (Labour-Party, England), lauten: **„Qualitative Easing – money for the people“**.

Das Tagungsprogramm und die Referenten

Keynote: „Für eine anderes Europa“, Dr. Harald Bender

Schwerpunkt I / Die aktuelle Situation in Europa

Impulsvortrag: *Austerity Kills* – Beispiel Griechenland

(Manuela Banoža / Georg Rosenitsch)

Impulsvortrag: Die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise

(Prof. Christian Kreiß)

Vertiefungsgruppen

Fallbeispiele - Schwerpunkt europ. Krisenländer

(Experten: Manuela Banoža/ Georg Rosenitsch)

Die europäische Krise – Soziale, ökonomische und ökologische Aspekte

(Experte: Prof. Kreiß)

„Europa Plan B“ (Experten: Peter Wahl, Kris Kunst)

Schwerpunkt II / Europäische Institutionen und Verträge

Vortrag: **Austeritätspolitik und Eurokratie**, Alexander Passadakis

Vortrag: **Weder Eurofetischismus noch Nationalismus – Konturen eines neuen europäischen Projekts** (Peter Wahl)

Schwerpunkt III / Systemwechsel und institutionelle Reform

Workshops:

a. ***Griechenland und Europa : Was kommt nach dem Troika-Diktat?***

(Passadakis)

b. ***Solidarische Ökonomie in Griechenland*** (Banoža / Rosenitsch)

c. ***Alternativen zum Euro-System*** (Steinhardt / Kunst)

Podiumsdiskussion: Wege zu einem anderen Europa

Alexis Passadakis, Paul Steinhardt, Manuela Banoža, Michaela Amiri

Moderation: Dr. Harald Bender

Umsetzungsstrategien

Perspektiven und Aktionen

- Wie verhalten wir uns in der gegenwärtigen Situation/Was ist zu tun?
- Potenzielle Akteure und Bündnisse/Initiativen/Kampagnen

Für ein anderes Europa

(aus der Keynote von Harald Bender)

„Liebe Freunde und Freundinnen,
liebe Referenten und Aktivisten hier aus München,

„Für ein anderes Europa“ das steht seit dem „Coup“ in Griechenland, seit der hemmungslosen Durchsetzung des Troika-Diktats und der faktischen Außerkraftsetzung des Prinzips der Volkssouveränität nicht nur hier auf der Tagesordnung:

In Köln fand vor kaum zwei Wochen eine „Europa Plan B“-Konferenz statt, an der auch Kris Kunst und Peter Wahl, die heute Abend hier sind, mitwirkten, eine Alternative zum Euro-System im monetären Sinn wurde dieser Tage auf einer Konferenz in Österreich thematisiert und zeitgleich mit dieser Tagung findet ein Kongress in Berlin zur Frage der Demokratie in Europa und zum neuen autoritären Konstitutionalismus Europas statt, wie es dort heißt.



Harald Bender von der Akademie Solidarische Ökonomie bei der Keynote: „Das „Gesetz des Wettbewerbs“ (law of competition) als europäische Gründungsformel bedarf einer grundsätzlichen Revision.“

Dies alles vor dem Hintergrund eines der größten Volksbegehren der Geschichte mit mehr als drei Millionen Unterschriften gegen TTIP, eines der Flaggschiffe des heutigen, nämlich des kapitalgetriebenen, neoliberalen europäischen Projekts.

Dieses Projekt – beginnend mit der Vision der Überwindung des Nationalismus und einer friedlichen Einheit freier und prosperierender europäischen Völker – ist längst mutiert zu einer rein wirtschaftlich getriebenen Veranstaltung, in der die wirtschaftliche und monetäre Einheit nicht am Anfang einer viel weiter greifenden, die besten Werte umschließenden Entwicklung stehen, sondern den Endpunkt einer europaweiten Diktatur des Kapitals markieren.

Ich möchte auf diesen Verfall der europäischen Idee drei kurze Schlaglichter werfen.

- a) auf den „Coup“ in Griechenland – jener Schock, der ein grundlegendes Umdenken bewirkt hat
- b) auf die Rolle der EU im klimazerstörenden Welthandelssystem und
- c) auf den Zerfall der vorgeblichen Wertegemeinschaft in der aktuellen Flüchtlingskrise.

...“

... mehr unter „Präsentationen“ in der Kongress-Dokumentation

Schwerpunkt I: Die aktuelle Situation in Europa

Austerity kills – das Beispiel Griechenland

Im ersten Impulsvortrag des Abends („*Austerity Kills* – am Beispiel Griechenland) berichteten die Wiener Sozialanthropologen Manuela Banoža und Georg Rosenitsch über die Auswirkungen der Troika-Politik in Griechenland. Dort haben sich seit 2011 parallele Währungen und Formen solidarischen Wirtschaftens entwickelt. Sol stellt sich für Griechenland und für Europa die Frage: Was kommt nach dem Troika-Diktat?

Die soziale Bilanz der bisherigen Politik der Troika gegenüber Griechenland ist ein Debakel: Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 27 Prozent (bei Jugendlichen bei etwa 50 Prozent), etwa ein Drittel der Bevölkerung in Griechenland hat keine Krankenversicherung mehr, und Hunderttausende Menschen haben das Land verlassen.



Die Wiener Sozialanthropologen **Manuela Banoža** und **Georg Rosenitsch**

Nach der Bewegung der Platzbesetzungen im Sommer 2011, stellt der Wahlsieg von Syriza im Januar 2015 den zweiten Versuch dar, eine Alternative zur ökonomischen und sozialen Abwärtsspirale durchzusetzen. In der Nacht vom 12. auf 13. Juli scheiterte dieser Anlauf spektakulär, als die neue griechische Regierung kapitulierte und ein 3. Memorandum

(„Sparpaket“) akzeptierte. Welche ökonomischen Perspektiven für Griechenland gibt es angesichts dessen in der Eurozone? Welche Spielräume hat die zweite Syriza-Regierung gegenüber der Troika? Und wie reagieren soziale Bewegungen und Gewerkschaften auf die Kapitulation der Regierung in Brüssel und auf die harsche Realität des 3. Memorandums?

„Die Europäische Krise – Soziale, ökonomische und ökologische Aspekte“

In einem weiteren Impulsvortrag warf der **Volkswirt und Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Christian Kreiß** von der Hochschule Aalen einen Blick auf die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise unter dem Titel „Die europäische Krise – Soziale, ökonomische und ökologische Aspekte“. Christian Kreiß macht die europäische Krise unter anderem an unsichtbaren Zahlungsströmen und an den Ungleichgewichten im Euro-Raum fest. Wer zahlt an wen? fragt er sich und hält dabei die bestehende Eigentumsordnung und den daraus resultierenden Zinseszinsseffekt für wichtige Treiber, die für eine zunehmende Ungleichverteilung und eine steigende Sparquote sorgen.



Professor Christian Kreiß war Investmentbanker und lehrt heute an der Hochschule Aalen: Ein Viertel aller Verbrauchsgüter der westlichen Welt wird für den Müll produziert

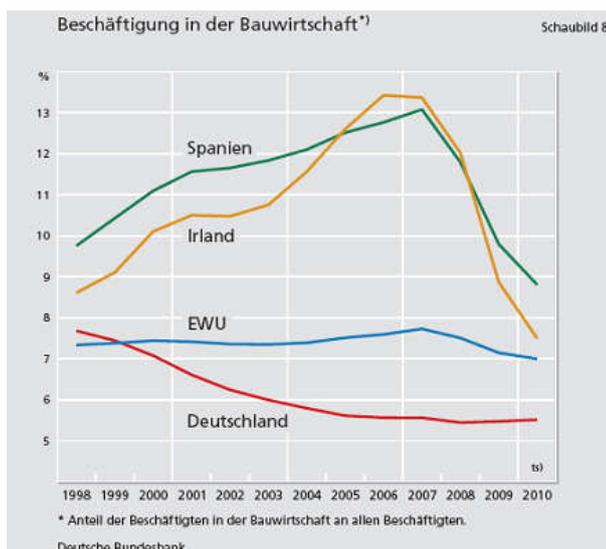
Steigende Sparquoten führten zu einem zunehmenden Kapitaldruck und zu niedrigen Zinsen. So steige das weltweite Kapitalangebot, das zu hohen Wertsteigerungen bei Aktiva und zu Überinvestitionen führe, etwa zu Immobilienblasen wie in Spanien oder zu Investitionen in Gold, Rohstoffe oder Lebensmittel. In der Industrie entstünden Überkapazitäten. Die

hohe Sparquote verhindere die notwendige Massennachfrage und führe zu privater Überschuldung. Der Euro in der Währungsunion verstärke dabei die Verzerrungen in Kontinentaleuropa. Zwangsläufig, so Kreiß, müsse es zu einer „Bereinigung“ kommen.

Im Euro-Raum sind, so Kreiß, die Zinssätze ohne Rücksichtnahme auf die Bonität der Länder angeglichen worden. Unter anderem habe dies zu einer „enormen Fehlallokation von Kapital“, zu Blasenbildungen, zu Verwerfungen und Übertreibungen geführt. Auch sei viel Kapital in „überflüssige Arbeit“ geflossen.

Das Mephisto-Prinzip in der Ökonomie

Im Umkehrschluss bedeuten diese Befunde: Wer es darauf anlegt, die Macht von Eliten und Kapitalbesitzern zu steigern, der tut gut daran, die Axiome des unbegrenzten Privateigentums (Grund und Boden, Geldvermögen, Unternehmen), des Zinsseszinses und der Profitmaximierung unverrückbar zu manifestieren. Ergänzen lässt sich dies mit unnötiger Arbeit. Außerdem sollten alternative Modelle des Wirtschaftens diskreditiert werden und Menschen mittel Wohlstandsversprechen in Egoismus und Materialismus treiben. Auf diese Weise wird die Macht und die wirtschaftliche Abhängigkeit zum Werkzeug neoliberalen Handelns. Auf europäischer Ebene, so Kreiß, werden Entscheidungen über Staatsfinanzen zunehmend auf supranationaler Ebene getroffen – die Demokratie wird auf diese Weise ausgehebelt.



Fehlallokation am Beispiel von Spanien und Irland in der Bauwirtschaft (Quelle Dt. Bundesbank März 2011)

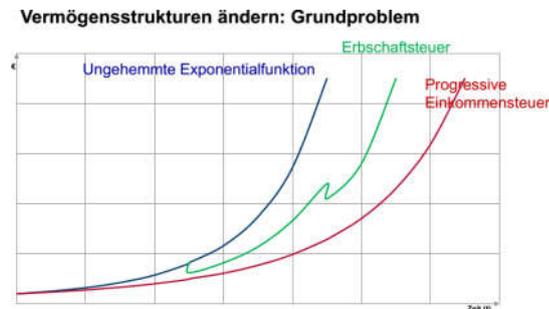
Doch wer könnte ein Interesse an einer solchen Entwicklung haben? Die jüngsten Ent-

wicklungen seit der Finanzkrise 2008 haben zu sozialen Krisen, nationalen Spannungen, Streit und Chaos geführt und so ganze Länder in Abhängigkeit gehalten.

Wege in eine menschliche Wirtschaft

Als eines der Grundprobleme sieht Kreiß die gegenwärtigen Vermögensstrukturen und fordert – in einem ersten Schritt – eine stärkere Besteuerung von Nichtarbeits-Einkommen und schlägt dabei einen Freibetrag von zwei Millionen Euro vor.

Eine Vermögenssteuer auf nicht selbst genutztes Bodeneigentum könnte jährlich mit drei Prozent veranschlagt werden, so Kreiß. Ebenfalls auf jährlich drei Prozent könnte eine Steuer auf Unternehmensanteile für Anteilseigner lauten, die nicht selbst im Unternehmen arbeiten. Schließlich schlägt Kreiß eine Aufhebung des Zinseszinses etwa durch Freigeld vor, durch Umlaufsicherung oder durch „alterndes Geld“. Für besonders wichtig hält Kreiß eine Senkung der Sozialabgaben und der Lohnsteuer für Kleinverdiener.



Eines der Grundprobleme: die Vermögensstruktur

Auch schlägt Professor Kreiß vor, die Eigentümerstrukturen der Medien zu überdenken, Werbung einzuschränken und den Einfluss der Wirtschaft auf das Geistes- und Kulturleben einzudämmen. Um den „Filz“ aufzulösen, sei eine Trennung von Wirtschaft Staat / Politik / Kulturleben notwendig, um so dem Lobbyismus, den Parteispenden und dem Postenwechsel in die Industrie einen Riegel vorzuschieben. Er könne sich eine „Bannmeile für Lobbyisten um den Bundestag“ vorstellen, eine „Karenzfrist“ bei Postenwechseln, Gutscheine für Schüler und Studenten und Medien, die nicht mehr gewinnorientiert arbeiten.

Doch nicht nur die übergeordneten Strukturen seien überdenkenswert, so Kreiß. Jeder Einzelne sei zudem gefragt, etwa, ob er wirklich alles brauche, was ihm da so angeboten wird. „Wenn wir mit einem etwas wachen Auge durch die Straßen laufen und in die Schaufenster schauen: 90 Prozent aller Produkte brauchen wir nicht und sie sind uns sogar schädlich“, habe Joseph Beuys schon 1985 gesagt, so Kreiß.

Auch könne sich der Einzelne fragen, was seine Bank mit seinem Geld mache und wo sie es anlege. Der Slogan „Ihr Geld arbeitet für Sie“ sei schlicht eine Unwahrheit. Ins Bewusstsein der Menschen müsse auch eindringen, dass die Rendite auf das eigene Geld nicht so hoch wie möglich sein müsse, denn von Geld allein könne man nicht leben. Vielmehr, lebt man immer von der Arbeit anderer Menschen.

Beim Anspruchsdenken im „Kampf um den Güterberg“ müsse sich der Einzelne seiner Verantwortung viel stärker bewusst werden, zum Beispiel bei der „Steuerehrlichkeit“ und auch bei der Inanspruchnahme sozialer Leistungen. Alles, so Kreiß, was der Einzelne zur Gemeinschaft beitragen könnte und nicht beiträgt, bewirkt, dass alle anderen mehr arbeiten müssen.

Schwerpunkt II / Europäische Institutionen und Verträge

Austeritätspolitik und Eurokratie

Alexis Passadakis (Attac und transiteurope)

Als Reaktion auf die Finanzkrise von 2007/08 wurden in vielen EU-Staaten Konjunkturpakete verabschiedet. Darauf folgte mit dem Beginn der Krise in der Eurozone ab 2010 ein harscher Politikwechsel: Die Kürzung der öffentlichen Haushalte wurde nun zum Gebot der Stunde, Austeritätspolitik zum Alpha und Omega der europäischen Institutionen. Mit der neuen Institution der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF wurde diese Politik in der europäischen Peripherie brachial durchgesetzt. Mit zusätzlichen neuen Verträgen auf europäischer Ebene wird diese Austeritätspolitik auch für alle anderen Mitgliedstaaten weiter zementiert (z.B. Fiskal-Pakt, Europäisches Semester). Die Spielräume für die Parlamente der Mitgliedstaaten die öffentlichen Haushalte zu gestalten werden damit immer enger. Parallel dazu bedroht auch die EU-Handelspolitik mit Vertragswerken wie TTIP, CETA und TiSA demokratische Handlungsspielräume. Befinden sich EU und Eurozone in einer Wende zu einer autoritären Form von Staatlichkeit? Wie hängen Austeritätspolitik im Inneren und die nach außen gerichtete Handelspolitik miteinander zusammen? Welche Alternativen sind auf europäischer Ebene aus der Perspektive von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften etc. denkbar?



Alexis Passadakis von Attac – er sieht im sogenannten „5-Präsidenten-Papier“ einen guten Aufhänger für einen neuen gesamteuropäischen Protest, der auch aufklärerisch wirken und weitere gesamtgesellschaftliche Kräfte bündeln soll

„Weder Eurofetischismus noch Nationalismus – Konturen eines neuen europäischen Projekts“

Peter Wahl, Attac-Mitgründer und tätig am Berliner Institut für Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) zeichnet in seinem Vortrag die „Konturen eines neuen europäischen Projektes, das weder die Züge eines Eurofetischismus noch die eines Nationalismus trägt“. Seine Lösung bezeichnet Wahl als „Dritten Weg für die Zukunft der EU“. Der bisher entstandene „Hybrid aus Staatenbund mit supranationalen Komponenten im Binnenmarkt, Außenhandel und der Agrarpolitik“, so Wahl, habe zu einer „multiplen Krise mit zentrifugalen Tendenzen und zu geringen Problemlösungskapazitäten“ geführt. Auf der Suche nach Lösungen verortet



Peter Wahl, Attac-Urgestein, Mitgründer und langjähriges Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac

Wahl die Euro-Linke als zu sehr in der EU-Friedenspolitik verhaftet und als zu „internationalistisch“ orientiert.

Gegen die Angst der Euro-Linken, als zu „nationalistisch“ zu erscheinen, wendet Wahl ein,

„Mehr Europa – aber anders“

- sozial
- demokratisch
- solidarisch
- friedlich

Der linke Europäismus ist hoch emotional besetzt und affektiv verankert

Angst als nationalistisch, deutsch-national, rückwärtsgewandt zu erscheinen

Analyse von Peter Wahl: Euro-Linke ist zu internationalistisch aufgestellt und zu sehr in der EU-Friedenspolitik verhaftet

dass bislang nur der Nationalstaat den „einzig funktionierenden Rahmen für Demokratie“ abgegeben habe. Aus der derzeitigen Gemengelage der EU könne er weder eine echte EU-Friedenspolitik noch eine sich herausbildende „Europäische Identität“ erkennen, schon gar nicht die „EU-Einhegung“ deutscher Hegemonie. Und Forderungen nach einem „Internationalismus“ vonseiten der Linken

entgegnet Wahl, dass die Bildung eines neuen Superstaates andere automatisch ausschliesse und im Zeitalter der Globalisierung die Schaffung eines neuen Staates „anachronistisch“ sei. Stattdessen schlägt Wahl einen dritten Weg vor, der sich durch drei Komponenten auszeichne, durch 1) eine Flexibilisierung nach innen, 2) eine Öffnung nach außen und 3) eine Variable Geometrie der Zusammenarbeit.

Flexibilisierung nach innen und Öffnung nach außen

Die Flexibilisierung nach innen würde zugleich eine „selektive Vertiefung der Integration“ und einen selektiven Rückbau von Staatenbeziehungen mit sich bringen, in der Folge unter anderem „ein Europa der zwei, drei oder vier Geschwindigkeiten“, ein „flexibles Netzwerk“ statt eines Einheitsstaates, Regionalisierung statt Zentralismus und eine Pluralität von Wirtschaftsmodellen statt neoliberalen Konstitutionalismus hervorbringen. Eine Öffnung nach außen würde ein gemeinsames „Haus Europa“ bewirken statt einer „Supermacht“, würde eine Partnerschaft auf Augenhöhe ermöglichen statt einer „geopolitisch motivierten Assoziierungspolitik“. Zudem erhofft sich Wahl davon eine Demokratisierung des internationalen Systems statt einer drohenden Militarisierung der Außenpolitik.

Variable Geometrie der Zusammenarbeit

Eine variable Geometrie der Zusammenarbeit, so Wahl, sei geeignet, die „affektiven Widerstände gegen die Euro-Kritik zu überwinden“. Denn so entstehe eine Koalition der Willigen, die eine Flexibilisierung, eine Öffnung und eine variable Geometrie ermöglichte. Zur Realisierung eines solch neuen EU-Konzeptes bedürfe es laut Wahl des Aufbaus einer diskursiven Gegenmachtposition, man müsse aus dem Schatten von SPD und Grünen treten, die kritische Stimmung in der Bevölkerung aufgreifen und den Rechten die EU-Kritik streitig machen.

Aus den Vertiefungsgruppen

„Europa Plan B“ – Alternativen zu Euro und EU

Leitung: Kris Kunst, economy for the people (Autor der u.g. Thesen), Peter Wahl (WEED), Paul Steinhardt, Publizist

Definitionen:

- Europa ≠ EU ≠ Euro
- Plan A, bisherige Strategie der „Euro-Linken“: Grundsätzliches Bekenntnis zu EU und Euro, dabei Forderung nach deren Reformierung.
- Plan B: eine fundamentale Infragestellung von EU und Euro von links, den Exit aus beidem („Lexit“) und den Aufbau einer linken Alternative zu beidem.
- Linke Politik meint hier eine „post-neoliberale“ Politik, die mit dem Austeritätskurs brechen und nach unten umverteilen möchte
- EWU: Europäische Währungsunion mit Euro und EZB

These 1

Die **EU** ist in ihren vertraglichen Grundlagen auf eine neoliberale Politik ausgerichtet. Linke Politik in der EU ist nur gegen die zentralen Prinzipien und Regelungen der EU möglich. Deswegen sollten wesentliche Regelungen der EU-Verträge weitestmöglich von einzelnen Ländern mit linken Regierungen gebeugt und unterlaufen werden. Ist das nicht in ausreichendem Maße möglich, sollte ein Land aus der EU austreten.

Statements aus dem Plenum

Neuregelungen per Referendum – Widerspruch: Lexit so durchsetzbar?

Erster Schritt müsste Austritt aus Euro sein, nicht aus EU

Gefahr der Unterwanderung von rechts – „immune“ Argumentation überlegen: Vom Positiven ausgehen, nicht an der Abgrenzung (gefühlte) „gegen Europa“ festmachen.

Abstimmung
„Richtig“: 11
„Falsch“: 1
„Weiss nicht“: 7

These 2

Die **EWU** nimmt bei der Erzwingung einer autoritär-neoliberalen Politik in der Euro-Zone eine Schlüsselrolle ein. Es kann keine linke Politik im Euro-Raum geben. Es bleibt einer linken Regierung nur der Austritt und die Installierung einer eigenen Währungsordnung. Deren Gestaltung wiederum determiniert, inwiefern linke Politik in diesem Land in Zukunft möglich sein wird.

Statements aus dem Plenum

Spielräume ausloten versuchen

Nur für großes/ starkes Land möglich vs. Schwaches Land

Welche Länder müssten vorangehen? D und F?

Kritische Menge an Mitgliedsstaaten könnte Änderung bewirken – linke Zentralbankpolitik der EZB würde möglich

Was wäre in den Exit-Ländern möglich? vs. Spielräume durch Geldschöpfung höher als gedacht

Abstimmung
„Richtig“: 14
„Falsch“: 0
„Weiss nicht“: 4

These 3

Die „Vereinigten Staaten von Europa“ dürfen nicht länger das **Oberziel linker Politik** sein. Wie weit Integration oder Separation zwischen europäischen Ländern sinnvoll ist, ist im Einzelnen je nach Themen und Ländergruppen zu beurteilen. Oberstes Kriterium für linke Politik muss es sein, in möglichst vielen Ländern und Regionen Europas linken Regierungen mit einer linken Politik zum Durchbruch zu verhelfen – mit der Perspektive eines Umbaus der Wirtschaftsordnung in ihren Ländern.

Statements aus dem Plenum

Ebenen einigen unklar

Verschärfung der These:
Rückübertrag auf nationale
Ebene an sich sehr wichtig

Linke Politik nicht in einzelnen
Ländern durchsetzbar – sondern nur
in sehr großen Räumen wie der EU

Abstimmung

„Richtig“: 10

„Falsch“: 4

„Weiss nicht“: 4

These 4

Die grundlegende Ausrichtung der Euro-Linken ist gescheitert. Sie hat sich politisch selbst entwaffnet, indem sie sich faktisch für den Flankenschutz des neoliberalen EU-Projektes hergegeben hat. Zugleich hat sie dem Aufschwung des Rechtspopulismus' in der EU nichts entgegenzusetzen gehabt. Wir dürfen die Kritik an Euro und EU nicht der politischen Rechten überlassen! **Plan B**: Es geht darum, ein linkes politisches Gravitationszentrum aufzubauen, das dem Rechtspopulismus das Wasser abgräbt und eine realistische Perspektive für eine linke Politik in möglichst vielen Ländern eröffnet.

Keine abweichenden Statements
aus dem Plenum

Abstimmung

„Richtig“: 15

„Falsch“: 1

„Weiss nicht“: weiss nicht

Vertiefungsworkshop „Alternativen zum Euro-System“

Thesen von Paul Steinhardt:

1. Die Wiedererlangung nationaler Souveränität ist eine notwendige Voraussetzung für linke Politik in einem EU-Land.
2. "Ein Land – eine Währung" ist die optimale Konstellation in der Währungsfrage.

Ergänzung von Kris Kunst

Eckpunkte für eine neue Geldordnung:

3. Es geht nicht um ein Zurück in die Zeit vor 1999, sondern um ein Voran in etwas Neues. Wenn schon die Chance bestünde, eine neue Währungsordnung zu etablieren, dann könne

man diese gleich grundlegend anders gestalten als bisherige Währungsordnungen. Folgende Elemente sollten bei der Implementierung einer neuen Geldordnung (z.B. in einem Lande) installiert werden:

- a) Geldschöpfung nur noch bei der Zentralbank, Geschäftsbanken sind nur noch Vermittler und Aufbewahrer von Geld Dritter.
- b) Zentralbank in der Kontrolle von Parlament/ Regierung (allerdings ist über strukturelle Vorbeugung vor Missbrauch nachzudenken - Gewaltenteilung)
- c) Finanzierung des Staats über Geldschöpfung dieser Zentralbank (Steuern und andere Instrumente dienen der Geld-Löschung, nicht mehr der Staatsfinanzierung)
- d) Nicht-renditeorientierte öffentliche Banken sollten das Rückgrat der Unternehmensfinanzierung bilden.

Die Thesen wurden lebhaft diskutiert, ohne dass es zu einem gemeinsamen Workshop-Ergebnis gekommen wäre.

Schwerpunkt III / Systemwechsel und institutionelle Reform

Podiumsdiskussion: Wege zu einem anderen Europa



Auf dem Podium von links nach rechts: Paul Steinhardt, Harald Bender, Manuela Banoza, Michaela Amiri von Attac München und Alexis Passadakis

Paul Steinhardt, Ex-Investmentbanker und heute u.a. Publizist bei flassbeck-economics.de vertritt die Auffassung, dass die Mehrzahl der Länder in der Eurozone auf längere Sicht wirtschaftlich und politisch keine Chance habe. Für ihn stellt daher „Europa Plan B“, die Auflösung des Euro und des politischen Europas, die einzige Alternative zum gegenwärtigen Europa-Kurs dar. Demzufolge lauten die Thesen Steinhardts: 1.) Die Wiedererlangung nationaler Souveränität ist eine notwendige Voraussetzung für linke Politik in einem EU-Land. 2.) "Ein Land – eine Währung" ist die optimale Konstellation in der Währungsfrage.

Die Wiener Sozialanthropologin Manuela Banoza, die ihre Masterarbeit über die gegenwärtige alternative Ökonomie in Griechenland schreibt, fordert, dass die derzeit entstehenden, alternativen sozialen Netzwerke gefördert und aufrecht erhalten werden sollten. Das würde in einer Situation des finanziellen und staatlichen Crashes dafür sorgen, dass Übergangskorridore schon vorhanden sind – sie müssten dann nicht erst neu ins

Werk gesetzt werden. Formen solidarischer Ökonomie, so Banoza, gäbe es bereits jetzt in Griechenland – als eine Art Vorbild für weitere Initiativen in ganz Europa.

Vom Quantitative Easing zum Qualitative Easing

Michaela Amiri von Attac München ist der Überzeugung, dass ein „Europa Plan B“ nicht voreilig inszeniert werden sollte – sie gibt dem „Plan A“, also der Beibehaltung gegenwärtiger Europa-Strukturen, noch eine Chance. Kern ihrer Überlegungen ist die Idee, das derzeit von der Europäischen Zentralbank praktizierte „Quantitative Easing“ (der EZB-Anleihe-Kauf in Höhe von etwa 60 Milliarden Euro pro Monat) in ein „Qualitative Easing“ umzuwandeln, als „money for the people“. Ihrer Idee zufolge könnte die Richtungsänderung des EZB-Geldes, weg von den Banken, hin zu den Menschen, gleich zwei zentrale Ziele haben: Mehr Geld direkt in die Volkswirtschaft zu geben bei gleichzeitiger Reduktion der Arbeitszeit. So könnte auch der wirtschaftlichen Überproduktion Einhalt geboten werden und auch die Flüchtlingsproblematik könnte so sehr viel leichter entschärft werden.

Alexis Passadakis von Attac führt an, dass mit der Finanzkrise in Europa zugleich auch die Demokratie mehr und mehr ausgehöhlt wird. Den sogenannten 5-Präsidenten-Bericht hält er für einen weitreichenden Versuch der Eurokraten, die neoliberale Richtung des EU-Projektes auszubauen und zu zementieren. Passadakis hält diesen 5-Präsidenten-Bericht – analog und in Folge zu den Anti-TTIP-Kampagnen, für geeignet, eine neue Europa-Debatte zu entfachen, die für ein europaweites Aufsehen sorgen könne.

Harald Bender von der Akademie Solidarische Ökonomie betonte, dass sich das in den EU-Verträgen festgeschriebene „Grundgesetz des Wettbewerbs“ (*law of competition*) gegen eine solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung richte. Im Zuge der Ausgestaltung der europäischen Verträge werde dies immer deutlicher gegen die Grundrechte, gegen Demokratie und gegen Solidarität in Stellung gebracht. Aus Sicht der bindenden Werte unseres Grundgesetzes, sei dies schlichtweg verfassungswidrig.

Umsetzungsstrategien

Perspektiven und Aktionen

- Wie verhalten wir uns in der gegenwärtigen Situation/Was ist zu tun?
- Potenzielle Akteure und Bündnisse/Initiativen/Kampagnen

Der Bericht über mögliche Perspektiven und Aktionen hinsichtlich der Europa-Frage folgt zu einem späteren Zeitpunkt.